

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

Norddeutsches Volksblatt. 1887-1918 7 (1893)

24 (24.2.1893)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-225312](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-225312)

Norddeutsches Volksblatt.

Organ für Vertretung der Interessen des werththätigen Volkes.

Abonnement:
bei Vorauszahlung frei in's Haus:
vierteljährlich . . . 1 M. 65 Pf.
für 2 Monate . . . 1 " 10 "
für 1 Monat . . . " 65 "
incl. Postbefreiung.

Erscheinung:
jeden Mittwoch, Freitag u. Sonntag.
Inserate:
die vierzeilige Zeile 10 Pf.
bei Wiederholungen Rabatt.
Vertheilungsorte Nr. 4757.

Redaktion und Expedition: Bant, Adolfsstraße Nr. 1.

Die Frage der Gehaltsaufbesserung der Staatsbeamten vor dem Oldenburger Landtag.

Oldenburg, 22. Februar.

In ihrer Nummer 38 vom Dienstag den 14. Februar bringt die „Oldenb. Sta.“ einen Auszug aus den Landtagsverhandlungen, dessen Inhalt berechtigtes Aufsehen und unwilliges Erschauern hervorgerufen hat, namentlich unseres Wissens noch keine Stimme in die Öffentlichkeit sich gewagt hat. Zum allgemeinen Besten wollen wir den betr. Artikel etwas tiefer hängen.

In dem Artikel heißt es u. A., daß die großherzogliche Staatsregierung einige Gehaltsaufbesserungen der beim Landgericht Lübeck angeheulenen Beamten befürworte; ebenfalls für Gehaltsaufbesserung der Subalternbeamten u. eine erhöhte Pauschkasse beantrage. Im Finanzausschuß seien nun ernsthafte Zweifel laut geworden, ob diese Anträge der Regierung zur Annahme empfohlen werden dürften, namentlich aber ob ein allgemeines Bedürfnis für Aufbesserung der Beamtengehälter anerkannt werden könnte. Der Finanzausschuß habe der Gehaltsaufbesserung der Lübecker Beamten zugestimmt, aber nur, weil die dortige Lebenshaltung dies bedinge und Lübeck 80 p. Ct. dazu beigetragen habe. Er verwahre sich dagegen ausdrücklich gegen die Annahme, als erkenne er mit der Staatsregierung ein allgemeines Bedürfnis an. Vielmehr müsse sich der Beamtenstand den allgemeinen schlechten wirtschaftlichen Verhältnissen entsprechend einrichten und einschränken.

Hiernach ist also Seitens des Landtagsausschusses die von dem hiesigen Senat in Lübeck vorgeschlagene Gehaltsaufbesserung der Beamten des gemeinlichen Landgerichts genehmigt worden, allerdings mit dem ausdrücklichen Hinweis darauf, daß in Lübeck ganz besondere Verhältnisse vorlägen. In seiner weiteren Begründung aber schneidet der Ausschuss die langjährigen Hoffnungen der oldenburgischen Beamten einfach ab, indem er mit dem Brulion der Ueberzeugung erklärt:

1. der Ausschuss erkenne entgegen der Ansicht der Staatsregierung die Nothwendigkeit einer allgemeinen Gehaltsaufbesserung nicht an;
2. die Forderung der Eisenbahnverwaltung hätten das Herzogthum Oldenburg in eine finanziell bedrängte Lage gebracht und es sei dem zu Folge zu äußerster Sparsamkeit nöthig;
3. es sei nur recht und billig, daß der Beamtenstand mit dem Erwerbstande trage, was die Ungunst der Zeit zu tragen auferlege.

Was den letzteren Punkt betrifft, so erlauben wir uns die Frage: Warum in aller Welt hat man denn den Beamtenstand an den wirtschaftlichen Rückschlüssen des Erwerbstandes nicht partizipiren lassen, wenn er doch an dessen Niedergang theilhaben soll? Und ferner: Auf wem lastet wohl die Wehrtelastung zwischen Lohnverhöhung und Waarenpreissteigerung stärker als auf dem Beamten, der eben so wenig streiten kann, wie Ringe zu bilden in der Lage ist? Der Beamte muß warten, bis die Staatsregierung für ihn eintritt. Nun, dieses letztere ist ja vor mehreren Jahren bereits geschehen. Als es im Reiche, in Preußen und einigen anderen Bundesstaaten Steuererhöhungen und bald darauf Gehaltsaufbesserungen gab, erklärten in der Tagung von 1890/91 Staatsregierung und Landtag, daß für die nächste Budgetperiode, d. h. 1894-97, eine Gehaltsaufbesserung einer Reihe von Beamtenkategorien in Aussicht genommen sei. Dies dürfte doch dem Gedanken einer allgemeinen Erhöhung der Gehälter ziemlich nahe kommen. Und heute? So belläufig giebt ja auch der Landtagsausschuß zu, daß für einzelne Beamtengruppen etwas gethan werden müsse; im Großen und Ganzen aber legt er sich doch in Widerspruch mit seiner eigenen Erklärung in der vorigen Session, sowie mit der Auffassung der Staatsregierung.

Es bleibt abzuwarten, wer von Beiden den Sieg davon tragen wird. Ob aber die Beamten in der Lage sind, ruhig zuzusehen, bis möglicherweise der Landtag im kommenden Herbst die hierauf bezügliche Vorlage der Staatsregierung ablehnt, erscheint uns zweifelhaft. Freilich, wenn man die Herren mit 4, 5, 6000 M. und mehr Gehalt ansieht, kann man am Ende dem Ausschuss in seiner Verneinung eines allgemeinen Bedürfnisses der Gehaltsaufbesserung beipflichten; betrachtet man ferner die Subalternbeamten mit 2000-4000 Mark Gehalt und sieht genauer zu, wie sie neben demselben alljährlich noch verschiedene hundert Mark für amtliche Nebenfunktionen beziehen, außerdem trotz des Verbots noch Privatarbeiten machen, die natürlich ebenfalls honorirt werden, so wird man auch hier von einem akuten Nothstande noch

nicht sprechen können. Man betrachte jetzt aber die Gruppe derjenigen Subalternen mit Gehalt etwa bis zu 2000 M. und bei ihnen zugleich die Reihe Jener, die zwar Beamte den Pflichten und Lasten, nicht aber den Rechten nach sind: die Diätare, gegen Remuneration, Vergütung u. beschäftigten Beamten, die nicht Zivilbeamten im Sinne des Gesetzes sind. Bei diesen Letzteren kommt außer der Kalamität des kleinen Einkommens, des Mangels der Pensionberechtigung, vor allen Dingen noch der höchst unglückliche Umstand hinzu, daß ihr ganzes Wohl und Wehe fast ausschließlich von der Gnade des Ressortchefs abhängig ist (und wehe dem armen Teufel, kann er sich mit dem Chef nicht gut stellen: Bafanen sind für ihn nicht vorhanden). Aber hieron ein anderes Mal.

Wird Jemand im Ernst bezweifeln wollen, daß diese kleinen Beamten in gewöhnlichen Zeiten nichts sparen können, bei besonders unangünstigen aber, wie sie hier und vor uns liegen, an den Rand des wirtschaftlichen Ruins gebracht werden? Und wenn es so ist, mit welchem Recht stellen sich Leute von 10000 M. jährlichem Einkommen und mehr hin und dekretiren: Da muß sparen! Es ist wahrlich ein starkes Stück — um einen Vergleich anzumenden — mit dem Seltglase in der Hand, Sparfamkeit zu predigen!

Als ein dritter Grund für zum Keufersten nöthigende Sparfamkeit werden die Fehler der Eisenbahnverwaltung hingestellt. Klingt das nicht beinahe so, als möchte man diese Fehler am Liebsten durch Abzüge an den Gehältern der Beamten wieder gut machen? Hierzu können wir uns umso mehr eines weiteren Kommentars enthalten, als ja das letzte Wort in der ganzen Angelegenheit aller Wahrscheinlichkeit nach erst im kommenden Herbst gesprochen werden wird. Immerhin halten wir es im Interesse der beteiligten Kreise für angezeigt, die Sache bis dahin in Ruhe zu erhalten und womöglich die Aufmerksamkeit weiterer Kreise auf sie zu lenken. Wir werden auch nicht verfehlen, dem hohen Finanzausschuß bis zum Herbst eine ganze Reihe von Beamtenkategorien aufzuzählen, bei welchen schon längst ein Bedürfnis zur Aufbesserung sich herausgestellt hat. Kann der Finanzausschuß das Rhodus nicht finden, wir zeigen es ihm. Wenn er und der Landtag dann nur Lust haben zum Tanzen.

Politische Rundschau.

Bant, den 23. Februar.

— Die Petitionskommission des Reichstages überwiegt die Petitionen, welche die Zulassung der Frauen zum Medizinstudium verlangen, der Regierung zur Erwägung.

— Im Reichstage ist man über einen Vertrauensbruch, den ein Beamter des Reichstagsbureau unter Mithilfe von Abgeordneten begangen haben muß, höchlich entrüstet. Am letzte Freitag gelangte nämlich der Bericht der Wahlprüfungskommission über die Wahl des Antikemiten Schwarz gedruckt in die Hände der Reichstagsmitglieder. Aber schon am Tage zuvor, am Donnerstag, war dieser Bericht in der antisemitischen Staatsbürgerzeitung zu lesen. Der Reichstagspräsident v. Herzog hat eine strenge Untersuchung angeordnet; es soll ermittelt werden, wie diese Sabotageaktion mit dem amtlichen Material des Reichstages begangen werden konnte.

— Im Reichstage kam der Fall des Rheders Schiff von Gleseth zur Sprache. Auf Interpellation Bebel's erklärte der Staatssekretär v. Bötticher, daß Schiff nicht mehr Mitglied des Reichsversicherungsamtes sei. Bebel zog sich nachträglich einen Ordnungsruf zu, weil er Schiff „Mausmörder“ titulirt hatte. Abg. Schwarz sprach über die Mängel der Seemannsordnung. Der Vertreter der Regierung redete sich damit aus, daß an die Regierung noch keine Verbesserungsanträge gestellt worden seien. Schwarz solle welche stellen. Einen Vertbeidiger fand die Seemannsordnung sowohl als der Rheder Schiff in dem nat. lib. Abgeordneten Jepsen, was begreiflich wird, wenn man bedenkt, daß der Herr Schiffserbder ist.

— Bei der Reichstags-Erwahl im Wahlkreise Liegnitz erhielten die jetzt der freisinnige Kandidat Jungfer 10355, Hertwig (Antikemite) 5999, Rahn (Soz.) 4931, Rothkirch 1302 Stimmen. Eine Stichwahl zwischen Jungfer und Hertwig ist sicher. Bei der Hauptwahl im Februar 1890 hatte der Freisinnige 10240, der konservative Kartellkandidat 6746, der Sozialdemokrat 5173 und ein Centrumskandidat 412 Stimmen erhalten. Die Antikemiten sind also auch bei dieser Wahl auf Kosten der Rosleropposition hoch gekommen. Die Letzteren werden noch ihre Freunde an ihrem Pflögelein haben.

— Das Ergebnis der Nachwahl im „eichstätt“ wahlkreise Berent-Starzard ist nach der amtlichen Ermittlung folgendes: Von 21 271 eingeschriebenen Wählern

haben 20661 gestimmt. Es erhielten: Rittergutsbesitzer v. Kalkstein-Ronovten (Pole) 14155 Stimmen, Landtschaftsdirektor Albrecht-Suzemin (nationalliberal) 3690, Kaufmann Paasch (Antikemite) 1810, Landrath Engler (freisinnig) 793. Merkwürdigerweise führt das Telegramm, welches das Wahleresultat mittheilt, die Stimmen für den sozialdemokratischen Kandidaten Jochim nicht mit auf. Derselbe erhielt 134 Stimmen gegen 43 im Jahre 1890.

— Der widersinnige des preussischen Dreiklassenwahlrechts feiert gegenwärtig in der „Wahlreform“-Kommission des preussischen Abgeordnetenhauses den höchsten Triumph. Am Montag wurde ein Antrag angenommen, wonach bei der Dittellung von der Einkommensteuer und Vermögenssteuer nur Beträge bis zusammen M. 2000 in Anrechnung kommen, abgesehen von den Kommunalzuschlägen. Dagegen sollen die Beträge an Grundsteuer, Gebäudesteuer und Gewerbesteuer voll zur Anrechnung kommen, obwohl die letzteren Steuern künftig nicht einmal zu den Staatssteuern rechnen. In der einseitigen Beschränkung der anrechnungsfähigen Steuersummen auf die Personalsteuern liegt eine weitgehende Bequindung des großen Grundbesitzes. Auf dem platten Lande in den östlichen Provinzen bildet vielfach jezt der Großgrundbesitzer allein die erste Wählerklasse; daran würde also auch künftig nichts geändert werden. In den Städten würde ebenso der Besizer mehrerer hochqualitativer Häuser bei den Wahlen mehr bedeuten als sonst die verarmtesten Leute. — Außerdem wird noch darüber verhandelt, den wegen geringen Einkommens nicht Steuerpflichtigen eine fingierte Steuersumme von M. 4 statt bisher M. 3 in Anrechnung zu bringen.

— Die Wahlen zum Gewerbegericht in Berlin, die am Montag stattfanden, sind in der Klasse der Arbeitnehmer durchweg zu Gunsten der sozialdemokratischen Kandidaten ausgefallen. In zwei Bezirken drang auch deren Liste für die Klasse der Arbeiter durch. Die freisinnige „Berliner Morgenst.“, ein auch in Arbeitkreisen viel gelesenes Blatt, leistet sich über den Ausfall der Wahl folgende niederträchtige verlogene Bemerkung: „Das Resultat ist insofern bedauerlich, als der Zweck der ganzen Einrichtung, den sozialen Frieden zu fördern, natürlich vereitelt wird.“

— Moderne Stieberei. Der „Vorwärts“ veröffentlicht folgendes vertrauliche Aftenstück:

Geheim! Berlin, den 20. Dezember 1892.

Nachdem durch Erlass des Herrn Reichstagslers vom 12. November („Reichs-Anzeiger“ Nr. 271, Hauptblatt vom 15. November) die „Autonomie“, anarchisch-kommunistisches Organ, verboten worden ist, erscheint nunmehr unter dem Titel „Troß Alledem“ Nr. 1, 1. Jahrgang, London, 19. November, eine Zeitung, welche, abgesehen von dem neuen Titel und den auf der 4. Seite abgedruckten Angaben des Druckers: „Gedruckt und herausgegeben für die Anarchisten Deutschlands von ihren Genossen im Auslande“ wörtlich gleichlautend ist mit der bereits unter dem Verbot fallenden Nummer der „Autonomie“ vom 19. November.

Die Postämter werden angewiesen, die bezeichnete neue Zeitschrift vorkommenden Falls anzufangen und hierber einzuliefern.
C. 18703. Der Kaiserliche Ober-Postdirektor
Geheimer Ober-Postkath
Griesbach.

— Die Feuerbestattung in Preußen. Trozdem die gewichtigen Gründe für die Leichenverbrennung geltend gemacht worden sind, trotzdem die öffentliche Gesundheitspflege diese Art der Bestattung gebieterisch fordert, scheitert jeder Versuch, sie in Preußen zum Annehmen sukzessive einzuführen, an dem starken Widerstande der Landrathskammer und der auch hier mit ihr sympathisirenden Regierung. Das die Einwände gegen eine Reform aus der Kammer der kirchlichen Orthodoxie gepult werden, daß statt hygienischer theologische Gesichtspunkte für die Gegner der Feuerbestattung maßgebend sind, ist bekannt; alles Andere ist nur nebensächliche Ahat, die ganze Beweisführung aber läßt darauf hinaus, die so gemeinlich, wie so notwendigen Rücksichten auf die Volkswohl-fahrt metaphysischen Jenseits-Spekulationen aufzuopfern. So nimmt es kein Wunder, daß auch jezt wieder die Petitionskommission des preussischen Abgeordnetenhauses beschlossen hat, dem Hause zu empfehlen, über zwei Petitionen (die eine mit 13305, die andere mit 14911 Unterchriften) zu Gunsten der Feuerbestattung zur Tagesordnung überzugehen. Die Herren, die den Reichstagsbeschlus herbeiführten, begründeten ihre ablehnende Haltung vor Allem mit „religiösen“ Bedenken, einer die/er Einwirkung u. A. mit dem grotesken Einwurf, die Leichenverbrennung erischeine gleichsam wie eine Hinrichtung nach dem Tode, wie eine Strafe, die Jemanden treffe, der weiter nichts

helfen haben Kurich und Emden eine regelmässige Motorboot-Verbindung herzustellen, scheint überall auf lebhafteste Sympathie zu stossen. Es wäre gegen die jetzigen Verbindungswege für Alle, die öfter von hier nach Emden oder Kurich reisen müssen, ein grosser Vortheil. Die Unternehmern gedachten Petroleummotor-Boote zu verwenden, die 10 Meter lang, 2,30 Meter breit und einen Tiefgang von 0,60 Meter haben. Selbstredend wird eine Kajüte eingerichtet. Man glaubt zur Fahrt von Wilhelmshaven nach Kurich 4 1/2 Stunden zu brauchen, was uns immerhin ein langer Zeitraum zu sein scheint, da die Strecke nur 48 Kilometer beträgt. Von Kurich nach Emden würde man auf dem Kanal dann die Fahrt in 1 1/2 Stunden machen können. Die Fahrten sind von Wilhelmshaven nach Kurich einmal hin und her berechnet und glaubt man mit einem Preis von 1,50 Mk. für die einfache Fahrt auszukommen. Ueber die weitere Entwicklung des Projekts werden wir die Leser auf dem Laufenden erhalten.

Oldenburg, 22. Febr. (Sonntag.) Vor Eintritt in die Tagesordnung der gestrigen zweiten Sitzung gedankt der Präsident dem verstorbenen Abg. Zanzen, welcher seit 1866 mit einer einzigen Ausnahme sämmtlichen Landtagen als Mitglied angehört hat. Die Verammlten erheben sich zu Ehren des Verstorbenen von ihren Sigen. — Tagesordnung: 1. Bericht des Finanzausschusses betr. Wiederbestellung der vakant gewordenen Stelle eines Bezirksbaumeisters für den Weg- und Wasserbau. Der Mangel an inländischen technischen Arbeitskräften habe die Regierung veranlaßt, eine künftige auswärtige Kraft für den Bezirk Butjaringen zu gewinnen. Der Ausschuss bebauere nur, daß derselbe seinen Wohnsitz nicht in seinem Bezirke, sondern in Brake habe nehmen dürfen, was Minister Janßen

damit motivirt, daß es sich hier um Bedingungen gehandelt habe, die erfüllt werden mußten, falls nicht die Angelegenheit wieder auf die lange Bank hätte geschoben werden sollen. Der Antrag, zu der gedachten Voranschlagsüberprüfung die Genehmigung zu ertheilen und die entsprechenden Mittel mit 1700 Mk. jährlich vom 1. Febr. 1892 an in den Voranschlag einzustellen, wird vom Landtag angenommen. 2. Die Nachbewilligung von 20000 Mk. und 12000 Mk. zur Beihilfe für einzelne evangelische bezw. katholische Schulgemeinden und Schullehrer bezieht der Landtag ohne Debatte. 3. Der Landtag ertheilt seine Zustimmung zu der Regierungsverordnung, wodurch die Bestimmungen des Gesetzes betr. Enteignungen zu Eisenbahnen auf die zur Anlage eines neuen oder zur Vergrößerung des vorhandenen Bahns in der Stadt Oldenburg erforderlichen Enteignungen ausgedehnt sind. 4. Die Regierung beantragt die Gewährung eines jingsteten Vorstusses von 30000 Mk. an die Federwärdener Vootsengesellschaft zu Oldenburg zur Erbauung eines neuen Vootsenschooners, und zwar in der Weise, daß er in jährlichen Raten von 2000 Mk. nach Tilgung der jetzt noch schwebenden Schuld der Gesellschaft an die Landeskasse von 8000 Mk., die ebenfalls in jährlichen Theilzahlungen von 2000 Mk. rückzahlbar, zurückzusahlen ist. Der Ausschuss schließt sich dieser Ansicht an, erklärt sich aber gegen einen weiteren Antrag der Gesellschaft auf Erlass des Rechtes der früheren Schuld. Die weitere Diskussion dreht sich um die Frage, ob die Vereinigung der Vootsengesellschaft mit denjenigen rechts der Weier anzustreben sei, worauf der Regierungsvertreter v. Büttel erklärte, daß dies von der Regierung stets ertheilt sei, aber leider preussischerseits ein negatives Ergebnis gehabt hätte. Der Antrag wird angenommen. 5. Der

Regierungsantrag, betr. Gehaltserhöhung der Beamten des gemeinsamen Landgerichts in Radeb ist vom Ausschuss befürwortet und wird vom Landtag angenommen. Minister Janßen erklärt, daß das dem nächsten Landtag vorzuliegende Gehaltsregulatio alle bisherigen Regulatio enthaltenen Beamtenkategorien umfassen werde. (Im Uebrigen verweisen wir die Leser auf den heutigen Leitartikel). 6. Der Finanzausschuss befürwortet den Regierungsantrag auf Anstellung eines Gehilfen des Landesökonomikommisars und Domäneninspektors und für denselben ein Gehalt bis zu 5000 Mark. Es wird noch der Wunsch ausgesprochen, auf Bevorzugung von mit obdenburgischen Verhältnissen betrauten Personen und öffentliche Ausschreibung der Stelle in Betracht zu nehmen. 7. Der Regierungsantrag betr. Reorganisation der Ersparungskasse, wonach für Rückzahlung von Einlagen in Fällen einer Unruhe oder drohender bezw. eingetretener Kriegesgefahr, mit Genehmigung des Ministeriums eine Kündigungfrist bis zu 6 Monaten angeordnet werden kann, wird mit einer redaktionellen Aenderung angenommen. 8. Ueber ein Gesuch der Kriegesinvaliden aus Birkenfeld um Ausschluß ihrer Invalidenpension von der Einkommensteuer geht der Landtag zur Tagesordnung über. 9. Ebenfalls geht der Landtag über die Vorstellung der Kolonisten zu Eliaabethshörn, daß sie statt in früheren Jahren bis zu 150000 Zentner Torf, im letzten Jahre nur bis zu 50000 Zentner an die Eisenbahndirektion geliefert hätten und dadurch ihre Existenz gefährdet sei, nachdem erklärt worden, daß die Eisenbahn für eine größere Menge Torf keine Verwendung habe, in Folge des Sinkens der Kohlenpreise und des Uebergangs zur Kohlenheizung. — Der Landtag wird bis zum 28. d. Mts. tagen.

Bekanntmachung.
Am Freitag den 24. ds. Mts., Abends um 7 1/2 Uhr, findet in Paul Vater's Bierbrennerei zu Neubremen eine öffentliche Verammlung der Ortseingewesenen von Neubremen, Kopperhördn und Meh statt.

Tages-Ordnung:
Straßenbeleuchtung betreffend.
Um vollständiges Erscheinen wird im Interesse der Sache dringend erlucht.
Bant, den 21. Februar 1893.
Der Gemeindevorsteher.
Reentz.

Haus-Verkauf.
Ein zu Wilhelmshaven an sehr günstiger Lage gelegenes, zu drei Wohnungen eingerichtetes Haus mit Backstube, Trockenboden, Werkstatt, Stall etc. ist Umstände halber sofort sehr billig unter meiner Nachweisung zum beliebigen Antritt zu verkaufen.
Bedingungen können bei mir eingesehen werden.
Bant, den 12. Februar 1893.
Schröder, Rechnungssteller,
Annenstrasse 1.

Verpachtung.
Herr Malermeister Carlens in Sande beabsichtigt, das an der Sande-Neustadtsgöddener Chaussee belegene, 3. St. von Frau Schneider benutzte Haus nebst Gartenland mit Antritt auf nächsten Mai zu verpachten. Termin dazu ist angelegt auf **Sonabend den 25. Februar d. J.**, Abends 7 Uhr, in Wwe. Dirks Bierbrennerei zu Sanders Altenhof.
J. S. Gädelen.

Eine Partie doppeltbreiter **kleider-Beuge** in allen Farben empfiehlt **à Meter 60 Pfg.**
Wilh. Blau, Neubremen.

Schwarze reinwollene Cadhemirs
100 Centimeter breit, in guter griffiger Waare, per Meter von **80 Pf.** an.
Wilh. Blau, Neubremen.

Gesucht
ein Lehrling, welcher Lust hat, das Schuhmacherhandwerk zu erlernen.
Apel, Schuhmachermeister,
Bant, Werfstrasse 14.

Wir ertheilen dem Herrn Rechnungsführer und Mandatar **K. Fels zu Bant, Nordstraße 11, eine**
Hauptagentur der „Providentia“
Frankfurter Versicherungs-Gesellschaft
Abtheilung für Lebens- und Unfallversicherung.
Bremen, 22. Februar 1893.

Die Generalagentur.
A. C. Sponholz.

Konfirmanden-Anzüge
Hüte, Vorhände, Kravatten, Taschentücher, Handschuhe, sowie **schwarze und farbige Kleiderstoffe**
verkauft — wie bekannt — am Allerbilligsten.
Georg Aden,
Bant, Am Markt.

Cigarren
aus der **Tabakarb.-Genossensch. Hamburg** empfiehlt
G. Buddenberg,
Marktstraße 7a.

Die Leder-Handlung von **Heinr. Stegmann,**
29 Marktstraße Marktstraße 29 empfiehlt starke, dauerhafte **Sohlen** sowie sämtliche Schuhmacherartikel zu den billigsten Preisen.

Bettfedern und Daunen.
Graue Federn Mk. 0,80, 1,30, 1,50, 2,00
Weiße Federn Mk. 2,70, 3,40, 4,00.
Weiße Daunen Mk. 4,50, 5,50, 7,00.
Für gänzlich staubfreie Waare garantire ich.
Wilh. Hoting,
Marktstr. 25.

Beckers Etablissement Osternburg.
Sonntag den 26. Februar:
Gr. Gesellschafts-Abend
unter Mitwirkung von Spezialitäten ersten Ranges.
Anfang 6 Uhr. Entree 20 Pf.
Zu zahlreichem Besuch ladet freundlich ein
L. Becker.

Oldenburg.
Auf dem Karrenball des Gesangsvereins „Vorwärts“ ist aus der Garderobe ein **Schirm** abhanden gekommen, um dessen Rückgabe an **S. Ruf** oder an **Ratsen** gebeten wird.

Unter Nr. 28 verkaufe eine feine **5 Pf.-Cigarre.**
C. S. Bredehorn,
Neuestraße.

Schönes frisches Rossfleisch empfiehlt **W. v. Essen,** Bant, Oldenburgerstr. 35.

Freitag Abend:
FrISChe Grützwurst sowie Knoblauchwurst.
A. Wulff, Neubremen.

Zu vermieten eine freundliche Ober-Bohnung. **W. Schmidt,** Hafenstr. 1.

Zu vermieten im Aufrage mehrere Unter- und Oberwohnungen. **J. Wehen, Sedan.**

Logis für 2 j. Leute. Grenstraße 43.
Zwei Damen-Masken-Anzüge billig zu verleihen. **Kopperhördn, Mühlenstr. 23.**

Metallarbeiter-Verband.
Verwaltungsstelle Bant.

Sonntag den 26. Februar
Nachmittags 2 1/2 Uhr
Versammlung
im Lokale des Herrn Heilemann „Zur Arche“ in Bant.
Tages-Ordnung:
1. Hebung der Beiträge.
2. Aufnahme neuer Mitglieder.
3. Anträge zur Generalversammlung.
4. Wahl der Bibliothekare.
5. Herbergsfrage.
6. Abrechnung.
7. Verschiedenes.
Um recht zahlreiches Erscheinen der Mitglieder bittet
Die Ortsverwaltung.

Krankenkasse der Metallarbeiter.
Die Mitglieder werden dringend erlucht, die **Mitgliedsbücher der Kasse „Vulcan“** umgehend an den hies. **Vorstand** einzuliefern, behufs Ueberleitung nach Hamburg.
Die Ortsverwaltung.

Verband deutscher Zimmerleute.
Lokalverband Wilhelmshaven.
Freitag den 24. Februar etc.
Abends 8 Uhr

Versammlung
im Lokale des Herrn Thumann, Heppens.
Tages-Ordnung:
1. Hebung der Beiträge und Aufnahme neuer Mitglieder.
2. Lohnfrage.
3. Verschiedenes.
Zahlreiches Erscheinen erwartet
Der Vorstand.

Gesang-Verein „Frohsinn“.
Freitag den 24. Februar, Abends 8 Uhr
Gesangsstunde.
Der Vorstand.

Gesang-Verein „Vorwärts“.
Wegen wichtiger Angelegenheit werden sämtliche aktiven Mitglieder erlucht,
Freitag den 24. Februar Abends präzis 8 Uhr im Vereinslokal zu erscheinen.
Der Vorstand.

Panorama international.
Gösterstr. 15. Diese Woche: 15. Gösterstr.
Erinnerungen aus dem Feldzug 1870/71.
Entree 30 Pfg., Kinder 20 Pfg.
Geöffnet von Morgens 10 bis Abends 10 Uhr.

Saison-Anzeige.

Ich zeige hiermit den Empfang sämtlicher Frühjahrs- und Sommer-Garderoben an und mache besonders auf meine große und für jeden Geschmack passende Auswahl aufmerksam.

Die Preise sind anerkannt billig und mit rothen Zahlen auf jedem Gegenstand verzeichnet.

Wilhelmshavener Kleider-Fabrik Louis Leeser

Bismarckstraße 1

Spezial-Geschäft für alle Herren-Artikel.

Wirthschafts-Eröffnung.

Mit dem heutigen Tage eröffne ich Hafenstraße 1 am Banter Hafen eine
Gastwirthschaft zum „Banter Hafen“.

Indem ich versichere, meine Wirthschaft in solider Weise zu führen und für Speisen und Getränke in bekannter Güte zu sorgen, empfehle ich mich allen Freunden und Bekannten zu geneigten Besuche.

Bant, 23. Februar 1893

Hochachtungsvoll

Wilhelm Schmidt.

Neu eröffnet! Neu eröffnet!

Das Spezial-Geschäft

für

Damen-Mäntel und Kleiderstoffe

von

Herm. Meinen

93 Roonstr. Wilhelmshaven Roonstr. 93

ist die

beste und billigste Bezugsquelle

für

Damen-Kleiderstoffe jeglicher Art, Damen- und Kinder-Mäntel, Jacketts etc.

Zur Konfirmation:

Große Auswahl hervorragend schöner schwarzer Kleiderstoffe, bei Doppelbreite in reiner Wolle, das Meter von 80 Pf. an.

Konfirmanden-Jacketts und Regen-Mäntel, Handschuhe, Schürzen und Unterröcke.

Reiche Auswahl! Gute Waaren zu billigen Preisen!

Vollrothe Bettköper

beste, federdicke Qualitäten, in allen Breiten
Meter 55 Pfg.

B. H. Bührmann,
Wilhelmshaven.

Konfirmanden-Anzüge

von nur guten, dauerhaften Stoffen zu mäßigen Preisen.

B. H. Bührmann,
Wilhelmshaven.

Vor Vergrößerung und Umbau meines Hauses eröffne für die ganze Frühjahrsaison

≡ Ausverkauf ≡

meiner sämtlichen ganz enormen Konfektionlager zu sehr niedrigen Preisen.

Konfirmanden-Anzüge

à 8, 9 1/2, 12 1/2, 16, 18, 20, 23 Mk., von Rammarn à 19, 21, 23, 25, 27 Mk., in den richtig liegenden Façons, reell und dauerhaft, in eigener Werkstatt gearbeitet.

JULIUS SCHIFF,

M. Philipson Nachfolger,
Bismarckstraße 12.

Was Jedermann sagt, muß wahr sein!
Wulf & Francksen's
fertige Betten sind die Billigsten u. im Gebrauch die Besten.

Warum?

Weil zu denselben nur federdicke zuletzt und vollständig staubfreie Federn genommen werden.

Permanente Ausstellung fertiger Betten.

↔ Einschläfrige Betten. ↔

Complettes Bett Alk. 23.—	Oberbett Mk. 8.75.	Unterbett Mk. 8.75.	2 Kissen Mk. 5.50.
Complettes Bett Alk. 28.—	Oberbett Mk. 10.25.	Unterbett Mk. 10.25.	2 Kissen Mk. 7.50.
Complettes Bett Alk. 36.—	Oberbett Mk. 13.50.	Unterbett Mk. 13.50.	2 Kissen Mk. 9.—
Complettes Bett Alk. 42.50	Oberbett Mk. 16.50.	Unterbett Mk. 16.50.	2 Kissen Mk. 9.50.
Complettes Bett Alk. 51.—	Oberbett Mk. 19.50.	Unterbett Mk. 19.50.	2 Kissen Mk. 12.—

74/75 Centimeter breite weiße

Bettzeuge

Meter 31 Pfg.

130 Centimeter breite weiße

Bettuchleinen

Meter 65 Pfg.

B. H. Bührmann,
Wilhelmshaven.

A den Freunden und Genossen
sage ich bei meiner Abreise
nach Amerika ein
„herzliches Lebwohl!“
E. Chr. Eden,
a. B. d. Dampf. „Weimar“

Verantwortlich für die Redaktion: C. Duden; Druck und Verlag: Paul Hug in Bant.